

## International

**Freie Schotten.** Die britische Regierung will bald über den Status Schottlands abstimmen lassen. **Seite 6**

**US-Wahlkampf.** Das Rennen um die Kandidatur bei den Republikanern hat New Hampshire erreicht. **Seite 7**

**Gerechtigkeit.** Der malaysische Oppositionschef ist vom Vorwurf der Homosexualität freigesprochen worden. **Seite 7**

## Wirtschaft

**Öl und Wasser.** Eine neue Öl-Pipeline soll quer durch die USA führen. Umweltverbände sind dagegen. **Seite 11**

**Weniger Arbeit.** In der Schweiz ist die Zahl der Arbeitslosen gegen Ende des Jahres gestiegen. **Seite 12**

## Baselland

**Naturschutz ohne Geld.** Seltene Tiere verschwinden, gebietsfremde Arten nehmen überhand – doch dem Kanton fehlen die Mittel, diesen Entwicklungen entgegenzutreten. **Seite 25**

## Sport

**Titel-Hattrick.** Der Argentinier Lionel Messi wurde gestern in Zürich zum dritten Mal in Folge zum Weltfussballer des Jahres gewählt. Messi setzte sich gegen seinen Vereinskollegen Xavi und Cristiano Ronaldo durch. **Seite 17**

## Kultur

**Orchester-Diplomat.** Konzertmeister Axel Schacher über seine Rolle als «Primus inter Pares» im Sinfonieorchester Basel. **Seite 29**

**Kriegsschicksale.** Durch Selbstzeugnisse erzählen einfache Soldaten, Offiziere und Krankenschwestern über die Grauen des Krieges. **Seite 31**

**Urbanität.** Architekt Harry Gugger forscht, was Basel von anderen Städten lernen kann, etwa von Athen. **Seite 33**

## Wetter

**Region heute.** Nach dichter Bewölkung in den Vormittagsstunden kann sich die Sonne besser durchsetzen. Die Temperatur steigt bei leichtem Westwind auf sieben Grad. **Seite 28**

## www.baz.ch

**Online.** Heute öffnet die grösste Unterhaltungselektronikmesse der Welt ihre Tore. Wir berichten die ganze Woche direkt aus Las Vegas über die Technik der Gegenwart und der Zukunft.



ANZEIGE

**NSH**

BILDUNGSZENTRUM BASEL

**Bildung am  
Bahnhof Basel**

sprachen  
handel  
kader  
medidacta

[www.nsh.ch](http://www.nsh.ch)

Basler Bildungsgruppe

# Nach Philipp Hildebrands Rücktritt steigt der Druck auf den Bankrat

Thomas Jordan, Vizedirektor der Nationalbank, steht als Nachfolger bereit



«Mit tiefer Traurigkeit». Philipp Hildebrand wäre gerne im Amt geblieben – doch es fehle der Unschuldsbeweis. Foto Keystone

Von Markus Prazeller und Alan Cassidy

**Bern.** Philipp Hildebrand ist als Präsident der Schweizerischen Nationalbank überraschend zurückgetreten – die Diskussion um die Notenbank hat sich damit aber nicht beruhigt. Politiker aus

verschiedenen Parteien forderten gestern Konsequenzen im Bankrat, dem Aufsichtsorgan der Nationalbank. SP, Grüne und SVP kritisieren die Rolle des Bankratspräsidenten Hansueli Raggenbass. Dieser müsse sein Amt abgeben, sagt etwa Nationalrätin Susanne Leu-

tenegger Oberholzer (SP, BL): «Er ist einer der Hauptverantwortlichen der Misere.» Neben der SP bezweifeln auch die Grünen, dass die Nationalbank unter Präsident Raggenbass nach der Affäre um Direktor Hildebrand wieder «voll handlungsfähig» werden kann.

Der Thurgauer Anwalt und frühere CVP-Nationalrat musste gestern vor der nationalrätlichen Wirtschaftskommission Auskunft geben. Unter seiner Präsidentschaft entstand das Reglement der Nationalbank über Eigengeschäfte, das den Mitgliedern des Nationalbank-Direktoriums grossen Spielraum beim privaten Handel mit Devisen lässt. Raggenbass selbst lehnte einen Rücktritt gestern ab.

## Bedauern über Rücktritt

Das umstrittene Reglement der Nationalbank war es auch, das ihrem Präsidenten erlaubte, Dollarkäufe zu tätigen, obschon die Nationalbank vergangenes Jahr mehrfach stark in den Devisenmarkt eingriff. Hildebrand hatte in den vergangenen Tagen stets bestritten, etwas Illegales getan zu haben, als seine Familie vergangenen August Dollar im Wert von einer halben Million Franken gekauft hatte. Weil er jedoch realisiert habe, dass er seine Unschuld nie vollständig und endgültig beweisen könne, habe er «mit tiefer Traurigkeit» entschieden, sein Amt per sofort niederzulegen. Thomas Jordan, der bisherige Vizepräsident, übernimmt das Amt interimistisch. Sollte ihn der Bundesrat wählen, stehe er auch für das definitive Präsidium zur Verfügung, sagte er gestern an einer Medienkonferenz in Bern.

Die Reaktionen auf seinen Rücktritt fielen gestern gemischt aus. Die meisten Parteien bedauerten den Abgang. «Wir haben einen absoluten Topmanager und Notenbanker verloren», sagt Thomas Maier (GLP, ZH). BDP-Präsident Hans Grunder sprach von einem «tragischen Fall». Aufgrund der Kampagne gegen seine Person sei Hildebrand jedoch nichts anderes übriggeblieben. Einzig die SVP zeigte sich zufrieden. «Ich begrüsse diesen Schritt. Hildebrand war nicht mehr tragbar», sagte SVP-Vizepräsident Christoph Blocher an einer eigens einberufenen Pressekonferenz in Bern.

Es war Blocher, der den Fall politisch ins Rollen brachte, als er den Bundesrat über Vorwürfe gegen Hildebrand informierte. Das war im vergangenen Dezember. Bereits vor einem Jahr kritisierte Blocher Hildebrand öffentlich für die Geldpolitik der Nationalbank und forderte ihn zum Rücktritt auf. Parlamentarier wie Thomas Maier verlangen nun eine Aufklärung der Umstände, die zum Rücktritt Hildebrands geführt haben. «Die Verursacher müssen zur Rechenschaft gezogen werden.» **Seiten 2, 3, 4**

## Keine Zeit mehr für politische Betätigung

Privatangestellte verschwinden aus den Parlamenten

**Liestal.** In der aktiven Bevölkerung sind sie in der Mehrheit, in der Politik werden sie zunehmend marginalisiert: die Angestellten in der Privatwirtschaft. Ein rundes Dutzend von ihnen sitzt noch im 90-köpfigen Baselbieter Landrat. In anderen Kantonen und im Bundesparlament sieht es ähnlich aus. Die grössten Gruppen in den Parlamenten bilden die Selbstständigerwerbenden und die im öffentlichen Dienst Tätigen. Beiden Gruppen gehört rund ein Drittel der Parlamentarier an. Im Bundesparlament kommt die zunehmend grösser werdende Fraktion der Profipolitiker hinzu.

Der Hauptgrund für diese Entwicklung, die den Milizgedanken in der Politik immer mehr infrage stellt, liegt in der wirtschaftlichen Grosswetterlage und im abnehmenden Stellenwert der

Politik. Wirtschaftsunternehmen zeigen sich immer weniger gewillt, ihre Leute für die Parlamentsarbeit und die politische Betätigung im Allgemeinen freizustellen. Dies wiederum führt dazu, dass die zeitliche Beanspruchung für Angestellte mit der Doppelbelastung von Beruf und Politik schlicht zu gross wird. Ganz zu schweigen vom Wahlkampf, der die Belastung noch einmal erhöht.

Der Bottminger SVP-Landrat Hanspeter Weibel hegt daher die Idee, den Arbeitgebern die politische Betätigung ihrer Angestellten – ähnlich dem Militärdienst – mit einer Erwerbsersatzordnung zumindest teilweise zu entschädigen. Gleichzeitig soll der Hebel in den Schulen angesetzt werden, «damit das Bewusstsein für Politik bereits dort geweckt wird». Gu **Seite 19**

## FCB, Federer und Fiechter

Basler Sportler des Jahres 2011

**Basel.** Bereits zum elften Mal ist Roger Federer zum Basler Sportler des Jahres gekürt worden. An der Auszeichnungsfestung gestern Abend in der St. Jakobshalle fehlte der 30-Jährige, der beim TC Old Boys gross geworden war, jedoch. Federer bereitet sich zurzeit auf das am Montag beginnende Australian Open vor. Ebenfalls nicht anwesend war das Team des Jahres: Der FC Basel, zum siebten Mal seit 2000 Basels Mannschaft des Jahres, weilt im Trainingslager in Spanien.

Einer Preisträgerin durfte Regierungsrat Christoph Eymann dann doch noch persönlich gratulieren: Nora Fiechter vom Ruderclub Blauweiss Basel. Die Schweizer Meisterin im Skiff stieg erstmals auf den Thron der Basler Sportlerin des Jahres. Insgesamt wurden 179 Basler Sportlerinnen und Sportler für besondere Leistungen geehrt – so viele wie nie zuvor. dw **Seite 18**

ANZEIGE

Degustieren Sie bei uns:  
Bio- und biodynamische Weine  
Donnerstag, 26. Januar 2012  
17 bis 21 Uhr  
Schneidergasse 27, Basel



Paul Ullrich AG  
[www.ullrich.ch](http://www.ullrich.ch)



## Die Angestellten verschwinden aus der Politik

SVP-Landrat Hanspeter Weibel lanciert die Idee eines Erwerbssersatzes für politische Betätigung



Der Landratssaal. Wer sich ins Parlament wählen lassen will, muss genügend Zeit haben. Diese fehlt vielen Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft. Foto Dominik Plüss

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Sie bilden die grösste Gruppe der berufstätigen Bevölkerung in der Region und in der Schweiz, die Angestellten der Privatwirtschaft. Sämtliche Beschäftigten, von Industrie-, Dienstleistungs- und KMU-Betrieben zusammen machen mehr als 50 Prozent der beruflich aktiven Bevölkerung aus. Zählt man dagegen die Angestellten in den Parlamenten, stellt man eine fast schon krasse Untervertretung fest. Und diese kann auch durch anderweitige Vertretungen, etwa über die Gewerkschaften nicht wettgemacht werden.

Betrachtet man die berufliche Zusammensetzung des Baselbieter Landrats, so ergibt sich folgendes Bild: Über ein Drittel der Landrätinnen und Landräte (35) sind selbstständig erwerbend im weiteren Sinne. Das heisst, sie arbeiten auf eigene Rechnung oder sind von ihrer oder einer von ihnen kontrollierten Firma angestellt. Ein weiteres gutes Drittel ist im öffentlichen Dienst (inklusive Lehramt) tätig, wobei dazu auch die typischen Verbandsvertreter und Parteisekretäre gezählt werden. Zehn gehören der Sammelkategorie Pensionierte, Hausfrauen und Studenten an. Und ein rundes Dutzend machen schliesslich die privatwirtschaftlich Angestellten aus. Die Zusammensetzung des Nationalrats ist ähnlich. Der Fraktion der Selbstständigen gehört fast die Hälfte an. Beim öffentlichen Dienst beschäftigt (inklusive Lehrpersonen) sind rund 40, Privatangestellte gut 20. Anders als in den Kantonsparlamenten sitzen im Nationalrat aber noch etwa 35 faktische Berufspolitiker.

**Arbeitgeber raten von Amt ab**  
Über die Gründe für das langsame Verschwinden der Privatangestellten aus der Politik herrscht weitgehend Einigkeit. Die wirtschaftliche Grosswetterlage sowie die sinkende Wertschätzung der politischen Betätigung in Wirtschaft und Gesellschaft sind seit längerer Zeit nicht mehr politikfreundlich. Politisches Engagement wird bestenfalls geduldet, aber kaum gefördert. Bei einem Landratsmandat geht man von einem Pensum von 20 Prozent aus. Und dafür hat ein Angestellter neben einem anspruchsvollen Beruf schlicht keine Zeit mehr, wenn ihm diese vom Arbeitgeber nicht zumindest teilweise zur Verfügung gestellt wird.

Hielten sich vor einigen Jahrzehnten grössere Firmen noch einen Mann speziell für die Politik, so gelten heute Arbeitgeber, die ihre Angestellten für die Landratssitzungen – gut 20 im Jahr – freistellen, bereits als grosszügig. Auch wenn für Kommissionsitzungen Freizeit oder Ferientage herhalten müssen.

Daneben gibt es aber auch Arbeitgeber, die ihren Leuten dringendst von der Annahme eines Amtes abraten. So geschehen im Fall des Läuferfingers Dieter Forter, der so die Nachfolge der in den Nationalrat gewählten FDP-Landrätin Daniela Schneeberger nicht antreten konnte. Und es gibt Angestellte, denen nahegelegt wird, gar nicht erst zu kandidieren, damit sie nicht in die Situation geraten, absagen zu müssen.

Falls sie jedoch kandidieren dürfen und sogar gewählt werden, sehen sich Angestellte in der Privatwirtschaft nach der ersten Amtsperiode schnell mit einem weiteren Handicap konfrontiert: Es fehlt ihnen an der notwendigen Zeit für einen wirksamen Wahlkampf, wenn diese schon für die Amtsausübung knapp bemessen ist. So wurde der als Chef der Rechtsabteilung einer Privatbank tätige frühere Fraktionschef der FDP, Daniele Ceccarelli, bei den letzten Landratswahlen Opfer der zahlreichen Sitzverluste seiner Partei. Siro Imber (FDP), ein weiterer Angestellter, entging dem gleichen Schicksal im Wahlkreis Allschwil schätzungsweise nur deswegen, weil Lokalmatador Hanspeter Frey nicht mehr angetreten ist. Angestellte im öffentlichen Dienst

sind demgegenüber besser gestellt. So sieht die Personalverordnung des Kantons Baselland eine Freistellung für öffentliche Ämter vor «nach effektivem Bedarf, wobei in der Regel bis zu 15 Arbeitstage pro Kalenderjahr nicht überschritten werden sollten».

**Vertreter behalten Sitzungsgelder**  
Im Falle der Interessens- und Verbandsvertreter besteht meistens eine pragmatische Lösung: Diese sind in der Verfügung über die Zeit in der Amtsausübung ziemlich frei, «wobei die anfallende Arbeit im Job selbstverständlich nicht einfach liegen gelassen werden kann», erklärt der Arlesheimer FDP-Landrat Balz Stückelberger, der beruflich als Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Banken tätig ist. Und weil auch bei den Interessenvertretern das Amt in der Regel mit zusätzlicher Arbeit verbunden ist, dürfen sie (Ausnahme die Parteiangestellten) ihre Sitzungsgelder auch behalten.

**Anreize für Freistellung schaffen**  
Der derzeitige Landratspräsident Urs Hess, bis vor Kurzem selbst Kaderangestellter, jetzt Abteilungsleiter in der Kantonsverwaltung, findet den Rückzug der Angestellten aus der Politik «bedauerlich». Und zwar weil der Milizgedanke die Teilnahme der ganzen Gesellschaft erfordere. Hess' Fraktionskollege, SVP-Landrat Hanspeter Weibel, geht noch weiter und bezeichnet die Verhinderung der politischen Tätigkeit geradezu als «bedenklich».

Weibel, der als Selbstständigerwerbender keine derartigen Probleme kennt, möchte deshalb den Arbeitgebern nicht nur ins Gewissen reden. Ihm schwebt auch die Schaffung von Anreizen vor: Da viele KMU-Betriebe es sich schlicht finanziell nicht leisten könnten, ihre Leute für die Politik abzustellen, sollte der Staat diesen Unternehmen die Freistellung mit einem Erwerbssersatz analog demjenigen für den Militärdienst unter die Arme greifen. Zugleich aber müsse die Sensibilisierung schon früher beginnen. Der Bottminger möchte auch die Schulen in die Pflicht nehmen, «damit das Bewusstsein für Politik bereits dort geweckt wird».

### Kommentar

## Milizgedanken in Gefahr

Von Thomas Gubler



Miliz war einst im Staate Schweiz fast so etwas wie ein Zauberwort. Kaderleute in der Wirtschaft waren auch Kaderleute in der Armee.

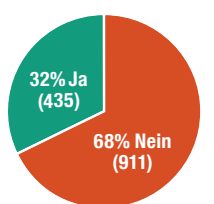
Eine Karriere in der Wirtschaft ohne Offizierslaufbahn war zumindest ungewöhnlich. Ähnlich verhielt es sich mit der Politik. Fast mit Selbstverständlichkeit delegierte die Wirtschaft ihre Leute in die Bundesversammlung und in die kantonalen Parlamente. Wer zu den Meinungsmachern gehörte, war dies meistens nicht nur an einem Ort. Das war dann nicht gut, wenn die Nebenwirkung Filz hiess. Aber das System hatte seine Vorteile. Die Leute kannten die Praxis und wussten, wovon sie sprachen.

Und heute: Aus der Armee hat sich die Wirtschaft verabschiedet. Eine Offizierslaufbahn ist wegen des hohen Zeitaufwandes und der entsprechenden Absenzen vom Arbeitsplatz fast schon verpönt. Auf die Führungserfahrung, welche die Armee einst vermittelte, glaubt man verzichten zu können. In der Politik sind wir noch nicht ganz so weit. Es gibt sie noch, die Pendler zwischen Beruf und Politik, die klassischen Milizparlamentarier. Aber ihre Zahl nimmt ab. Vertreter von kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen glauben zwar, auf die Politik verzichten zu können. Stabile Verhältnisse, auf die auch gerade die Wirtschaft angewiesen ist, aber sind eine langfristige Angelegenheit.

thomas.gubler@baz.ch

### Frage des Tages

**Das Ergebnis der Frage von gestern:**  
Gefällt Ihnen die Sonntags-BaZ?



### Braucht es mehr Geld für Milizparlamentarier?

In den Parlamenten sitzen immer weniger Angestellte aus der Privatwirtschaft. Für viele wird der Spagat zwischen Job und Mandat schwierig. Soll der Staat eingreifen? [www.baz.ch](http://www.baz.ch)

ANZEIGE

**GDS ifb** Gymnastik Diplom-Schule/  
Institut für Bewegung

Traum Beruf Bewegung!

Schnuppertage sind jederzeit möglich!

[www.gds-ibf.ch](http://www.gds-ibf.ch)

Eulerstrasse 55, 4051 Basel | Tel. 061 560 30 30

Basler Bildungsgruppe

ANZEIGE

**academia**  
International School (ais)

Deutsch/Englisch

**Kindergarten**  
**Primarschule**

Individuelle Förderung, Projektarbeit,  
Vertieftes Kunst- und Musikangebot,  
Hausaufgabenbetreuung, CH-Lehrplan

Bonergasse 75 | Telefon 061 260 20 00  
4057 Basel | [www.academia-international.ch](http://www.academia-international.ch)